

## Wissenschaftliche Politikberatung im Agrarbereich: zwischen Wende und Wandel

Wagner, Jost; Kropp, Cordula

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wagner, J., & Kropp, C. (2008). Wissenschaftliche Politikberatung im Agrarbereich: zwischen Wende und Wandel. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 2801-2811). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-151599>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Wissenschaftliche Politikberatung im Agrarbereich – zwischen Wende und Wandel

*Jost Wagner und Cordula Kropp*

Im Kern der zweiten Sitzung der Sektion ›Soziologie & Ökologie‹ steht die Frage nach dem WIE der Veränderung hin zu *nachhaltigeren* Strukturen und Handlungs-routinen innerhalb der Gesellschaft, also nach den Mechanismen, Prozessen und Dynamiken der Transformation zu und damit auch der Steuerung von nachhaltiger Entwicklung.

Diese Problemstellung verweist – zumindest dort, wo es um die gesellschaftliche und politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung geht – auf die Bereitstellung von geeigneten Wissensgrundlagen im Such- und Gestaltungsprozess nachhaltiger Entwicklung, und damit auch auf die Rolle der Wissenschaften. Dabei geht es – etwas salopp formuliert – um die Erzeugung von ›brauchbarem‹ Wissen, also von Wissen, das einen solchen Entwicklungsprozess informieren und orientieren könnte, problemadäquat und praxistauglich aufbereitet ist und folgensensibel verschiedene Bedarfe und Perspektiven integriert.

Das Leitbild nachhaltiger Entwicklung stellt also besondere Herausforderungen an die Erzeugung von wissenschaftlichem Wissen und an Austausch und Kommunikation desselben innerhalb der Wissenschaften sowie an den Schnittstellen zu den weiteren gesellschaftlichen Funktionsbereichen. (vgl. Brand 2002) Es verlangt, darauf wurde vielfach hingewiesen, Formen der Schnittstellenkommunikation, die eine reflexivere, folgensensiblere und kontextspezifischere Einbettung von Wissen in Prozesse der politischen und gesellschaftlichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ermöglichen, als das in der ›einfachen Moderne‹ (Beck 1986) noch der Fall war.

Im Rahmen dieses Beitrages gehen wir anhand des Beispiels der agrarwissenschaftlichen Politikberatung der Frage nach, welche Reaktionsmuster sich in den bestehenden Institutionen auf Steuerungsimpulse in Richtung Nachhaltigkeit beobachten lassen und welche Schlüsse daraus für die Frage nach dem WIE von grundlegenden Transformationen zu ziehen sind. Dazu skizzieren wir zunächst die Heterogenität des Science-Policy-Feldes auf das diese Anforderungen und mögliche Steuerungsimpulse treffen. Diese Heterogenität aufgreifend beschreiben wir drei Reaktionsmuster auf die politische Forderung einer stärkeren Betonung von

Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz in den von uns untersuchten Interaktionen zwischen Wissenschaft und Politik im Agrarbereich.

### Wissenschaftliche Politikberatung und Nachhaltigkeit

Wissenschaft und Forschung haben Landwirtschaft und Ernährung im letzten Jahrhundert tief greifend verändert; sie haben entscheidende Impulse für biotechnische Entwicklung gegeben, damit auch für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Wohlergehen. Zugleich haben sie enorme Risiken und auch Schädigungen in der Gesellschaft wie in der Umwelt verursacht – meistens unwissend und unbeabsichtigt, teilweise aber auch billigend. Diese Einsicht ist spätestens 1985 mit dem Sondergutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (RSU 1985) und 1992 mit der Mc-Sherry-Reform in Agrarwissenschaft und -politik angekommen. Der Wunsch nach einer prinzipiellen Neuausrichtung hat also lange Wurzeln, wurde aber erst in Reaktion auf die landwirtschaftlichen Risikokandale Anfang 2000 mit politischem Nachdruck versehen.

Die gewachsene gesellschaftliche Sensibilität gegenüber möglichen Risiken sowie gegenüber ökonomischen, ökologischen und sozialen Zusammenhängen und Folgenfolgen in anderen als dem fokussierten Zielsystem, haben den Anspruch an die wissenschaftliche Politikberatung verändert (Wagner/Kropp 2007):

Die Steuerung nachhaltiger Entwicklung als intendierter Transformationsprozess verlangt die Anerkennung von (Wert- und Entscheidungs-) Ambivalenzen, von kategorialen Unsicherheiten und nicht-intendierten Nebenfolgen. Wissensherzeugung und -kommunikation müssen sich gerade für Unsicherheiten, Bereiche des Nichtwissens, unscharfe Übergänge in weitere Bereiche (spill over) öffnen. Dabei nehmen die Unsicherheiten mit dem Grad der Relevanz des Wissens für andere gesellschaftliche Funktionsbereiche zu, also dort, wo Wissenschaft sich nicht mit wissenschaftlichen Fragestellungen, sondern mit gesellschaftlichen Problemlagen beschäftigt. Gleichzeitig steht Politikberatung vor der Herausforderung, auch die eigenen (technischen, kulturellen und epistemischen) Grundlagen, Perspektiven, normativen Implikationen mit in den Blick zu nehmen, die eigenen Entstehungsbedingungen und -kontexte reflexiv aufzugreifen, um sie in andere Kontexte übersetzbar zu machen. Des weiteren lässt die Kommunikation von Wissen bzw. dessen, was in historisch und kulturell bestimmten Situationen als Expertise und Wissen gilt, – gerade an der Schnittstelle – dieses Wissen in Konkurrenz zu anderen Wissensformen und -beständen treten, so dass Anschlüsse an andere Bedeutungskontexte, Interpretationsräume und Handlungslogiken gefunden und integriert werden müssen. Damit treten Schwierigkeiten der Bewertung von heterogenen Wissens-

angeboten hinzu: Zum einen, da beratendes Wissen als Handlungswissen (Stehr 2003) seine Nützlichkeit im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung immer erst in anderen, meist zukünftigen Kontexten erproben und bewähren muss und erst dort und dann zu »sozial robustem Wissen« (Nowotny 1999) werden kann, also die Bewertung anderen als wissenschaftlichen Kriterien folgt. Zum anderen, da jeder Wissensbestand im Hinblick auf das komplexe und vielschichtige Zusammenspiel unterschiedlichster Prozesse und Entwicklungsdynamiken, die Nachhaltigkeit fördern oder behindern, immer nur einen Teilaspekt beleuchtet, sich in einem vielstimmigen Konzert ganz unterschiedlicher Wirklichkeitsbeschreibungen wieder findet. Und schließlich auch, weil die ihm zu Grunde gelegten Wertvorstellungen und normativen Grundannahmen ihrerseits wiederum hinterfragbar und gesellschaftlich umstritten sind.

All diese Punkte konfrontieren wissenschaftliche Politikberatung am Ende der fraglosen Autorität, Legitimität und Einstimmigkeit von politikberatender Expertise mit der Notwendigkeit, sich in Form, Inhalt und Selbstverständnis zu verändern (Heinrichs 2002). Sie ist längst nicht (mehr) nur Mittel zum Zweck, sondern ihrerseits selbst Adressat für Steuerungsbemühungen, vor allem in Feldern, in denen ihre bisherigen Routinen und Strukturen durch Skandale und alternative Leitbilder unter Druck geraten sind.

Im Rahmen eines BmBF-geförderten Forschungsprojektes gehen wir nun seit über 2 Jahren unter anderem der Frage nach, inwiefern und mit welchen Konsequenzen sich die Modi der Wissenserzeugung und der Wissenskommunikation im Agrarbereich für reflexivere und folgensensiblere Herangehensweisen öffnen, wenn die bisherige Praxis durch Nebenfolgen, Risikodiskurse und konkurrierende Neuformulierungen des Problemverständnisses angefochten wird. Wie gelingt hier die politisch verkündete Steuerung der Wissensproduktion am neuen Leitbild von Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz?

Der Agrarbereich eignet sich besonders für die Diskussion der Steuerbarkeit und für die Beleuchtung der Frage nach dem »Funktionieren« von schnellem und tiefgreifendem Wandel: Zum einen ist in kaum einem politischen Handlungsfeld in den letzten Jahren und Jahrzehnten so vehement versucht worden, die bis dato eher eindimensional an industrieller Massenproduktion und Weltmarktzwängen ausgerichteten Strukturen in nachhaltigere und hier besonders verbraucher-, umwelt- und tierfreundlichere Strukturen zu überführen. Die Rede von der »Agrarwende« in diesem Zusammenhang macht die Intentionalität und Stärke des Steuerungsanspruchs deutlich. Zum anderen trifft der Impuls auf einen über viele Jahre gewachsenen Beratungsapparat, der in seiner Breite und Größe in Deutschland wohl einzigartig ist und der – nicht zuletzt durch die hohe soziale Geschlossenheit des Agrarbereiches – gleichzeitig eine sehr starke eigene Identität sowie eigene Netzwerke und Verwobenheit entwickelt hat.

## Ansprüche an die Schnittstellenkommunikation von Wissenschaft und Politik im Agrarbereich

Betrachtet man die Organisation der agrarwissenschaftlichen Politikberatung, so fällt zunächst deren Vielgestaltigkeit auf. Neben sieben Ressortforschungseinrichtungen an 54 Haupt- und Nebenstandorten (Initiativkreis Agrar- und Ernährungsforschung 2004) und den in großer Zahl vorhandenen Helmholtz- und Fraunhofer-Einrichtungen, arbeiten auch die agrarwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten politikberatend, gibt es die so genannte »On-Farm-Research«, in die Landwirte direkt einbezogen sind, werden Normbildungsprozessen auf der EU-Ebene begleitet usw. Jeder dieser Orte der Wissensproduktion – das darf nicht vergessen werden – gestaltet diese nach Maßgabe der dort je spezifisch geltenden inneren Notwendigkeiten und Rationalitäten.

Ähnlich heterogen wie die Institutionen sind auch die Anforderungen und Veränderungswünsche an diese. Das zeigt sich schon an der Problemwahrnehmung. Die Frage, was denn im Bereich der Agrarwissenschaften das Problem sei, generiert im Feld höchst unterschiedliche Antworten:

Die befragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst thematisieren vor allem einen Bedeutungsverlust der Agrarwissenschaften, eine Art »Marginalisierung« der typischen agrarwissenschaftlichen, nämlich praxisbezogen-transdisziplinären Herangehensweisen und Methoden. Zum einen aufgrund einer stärkeren, nicht zuletzt von Evaluationskriterien motivierten Orientierung hin zu den Mutterdisziplinen wie Mikrobiologie und Ökonomie. Zum anderen aufgrund einer Legitimationskrise angesichts des gesellschaftlichen Bedeutungsverlusts von Landwirtschaft, der in Zeiten allgemeiner Sparzwänge und relativ unkoordinierter Forschungspolitik der Bundesländer ein unsystematisches Kürzen agrarwissenschaftlicher Fakultäten und Forschungseinrichtungen nach sich zieht.

Die eigentliche Leistung der Agrarwissenschaften, neben technischen Entwicklungen und Problemlösungen, wird in der Bereitstellung von *Systemwissen* als Antwort auf die offensichtlich gewordenen Nachhaltigkeitsprobleme gesehen. Angestrebt wird ein Wissen, das die biologischen, ökonomischen und teilweise auch sozialen Prozesse bspw. eines Anbausystems, einer agrarpolitischen Maßnahme oder der Welternährungslage mehr oder weniger umfassend beschreibt und auf dieser Grundlage zumindest in begrenztem Umfang auch Hinweise auf Auswirkungen unterschiedlicher Interventionen geben kann. Es handelt sich weitgehend um deskriptives, analytisches Wissen auf der Basis aufwendiger Monitoringsysteme, mit dem die Ausgangsprämissen allerdings kaum bewertet werden, das Unsicherheiten vor allem als methodische Wissensgrenzen wahrnimmt und dessen Zukunftshorizont stark in der Gegenwartsbeschreibung angebunden ist.

Interessanterweise wird diese agrarwissenschaftliche Leistung von Seiten der politischen Entscheidungsträger auch gewürdigt und als unproblematisch beschrieben. Nutzbares Systemwissen stünde durchaus zur Verfügung, auf konkrete Anfragen erhalte man auch mehr oder weniger konkrete, in der alltäglichen Entscheidungsbegründung umsetzbare Antworten – das ist schon mehr, als die Soziologie in der Regel leisten kann. Die Probleme beginnen allerdings, wenn es um Meinungsbildung und Entscheidungsfindung geht, also dort, wo politische Steuerung ansetzt. Aus Perspektive der Politik müsse »gute wissenschaftliche Beratung« Orientierungswissen und »Übersicht« liefern und dürfe nicht bei der reinen Beschreibung und eher kleinteiligen Analyse stehen bleiben. Erforderlich sei sozusagen »the big picture«, also Darstellungen der größeren Zusammenhänge und hier vor allem, wohin die Reise denn geht und gehen kann. Die Wissenschaft solle vielmehr, Zitat, »Ideenschmiede« sein, sich in politische Auseinandersetzungen einmischen und orientierendes, bewertendes Zukunftswissen entwickeln. Dieser Wunsch nach Übersicht und Orientierung wird natürlich vor allem relevant, wenn fieberhaft öffentliche Skandale und politische Krisen bewältigt werden müssen. Dann wird der bis dahin unproblematische Wissensaustausch prekär, macht sich Enttäuschung über das Schweigen der Wissenschaft hinsichtlich möglicher Lösungswege, Bewältigungsstrategien und Visionen breit. Auf »trans-science-questions«, in den Worten von Alvin Weinberg (1972), kennt »science« keine Antworten.

Aus Sicht der Öffentlichkeit ist die Agrarwissenschaft in den letzten Jahren daher vor allem als folgenblind und in hohem Maße eindimensional auf die ökonomischen Belange der Landwirtschaft und ihrer industriellen Produktionsbedingungen kritisiert worden. Demgegenüber wird eine stärkere Sensibilisierung für nicht-intendierte Nebenfolgen und Risiken sowie für die Integration von umfassenderen Perspektiven, etwa des vorsorgenden Verbraucherschutzes, der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitserfordernissen usf. gefordert. Damit werden viele der eingangs beschriebenen Anforderungen angesprochen, etwa die Berücksichtigung der eigenen Begrenzungen und Implikationen und ein offensiver Umgang mit Nicht-Wissen.

## Reaktionsformen der Schnittstellenkommunikation im Agrarbereich

Ruft man sich die vorgefundene Heterogenität sowohl von institutionellen Formen der Politikberatung wie auch von Ansprüchen an die Wissenserzeugung und -kommunikation, ins Bewusstsein, erkennt man, dass hier keinesfalls zwei Systeme mit

zweierlei Codes aufeinander treffen, sondern vielfältige, teils hybride Interaktionen von »knowledge« und »decision making« in unterschiedlichen Formen und Orten stattfinden. Auf diese unübersichtliche Beratungslandschaft des »science-policy-interface«, in der sich nicht nur die Biographien, sondern auch die Überzeugungen der beteiligten Akteure überschneiden, trifft der schwierige Versuch, einen an Nachhaltigkeit orientierten Steuerungsimpuls wirksam zu machen. Unseres Erachtens hat die soziologische Analyse diese Schnittstelle in der Vergangenheit oft zu unterkomplex und monolithisch beschrieben. Sie ignoriert damit ihre eigenen Arbeiten, beispielsweise zur Rolle des »boundary making« (Gieryn 1999), die sehr deutlich die institutionenpolitische Notwendigkeit der Unterscheidung und Abgrenzung innerhalb der Funktionsbereiche im Kampf um Autorität und Legitimität herausstellen. Ansätze, die demgegenüber uniform nach mehr Partizipation, Dialogisierung und Demokratisierung der Politikberatung rufen, nehmen systemtheoretische Deutungen von sich gegenüberstehenden, inkomensurablen Codes zu wörtlich und übersehen deren vielstimmige Heterogenität, diskursive Dynamik und Hybridität.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns für eine Forschungsheuristik entschieden, die auf die Interaktionen innerhalb unterschiedlicher Institutionen fokussiert, und greifen den von Fritz Scharpf und Renate Mayntz entwickelten Akteur-zentrierten Institutionalismus auf (Mayntz/Scharpf 1995). Dieser erklärt das Zustandekommen von Politik-Outcomes unter anderem durch die Interaktion zum einen der institutionellen Rahmen, also der Regelsysteme, die Handlungsverläufe strukturieren, bestimmte Entscheidungen und Strategien erleichtern, andere beschränken, zum anderen der Handlungsorientierung der Akteure, die den individuellen Umgang mit diesem Rahmen bestimmen. Die Handlungsorientierungen setzen sich aus kognitiven Orientierungen und motivationalen Aspekten, wie Interessen, Normen und Identitäten der Akteure zusammen, die nicht nur abstrakt gelten, sondern eben auf bestimmte Situationen hin interpretiert und umgesetzt werden.

Mit Hilfe dieser Forschungsheuristik und einem Fokus auf die geltenden Regelsysteme und Handlungsorientierungen lassen sich drei Reaktionsweisen in der Interaktion zwischen Agrarwissenschaft und Politik auf den Druck zur verstärkten Berücksichtigung des Nachhaltigkeitspostulats beobachten:

Die erste wollen wir als *business as usual* bezeichnen. Trotz der hohen medialen Wellen, die die Skandalisierungen Anfang des Jahrzehntes ausgelöst haben und der von Seiten der rot-grünen Regierung gewählten Rhetorik einer »tief greifenden Neuorientierung« (Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages 14/137) hat es scheinbar in vielen Bereichen des Alltagsgeschäfts wissenschaftlicher Politikberatung zunächst nicht allzu viele Irritationen und Störungen gegeben. So wird die eher kleinteilige Kooperation zwischen Ministerium und wissenschaftlichen Beratungs-

einrichtungen sowohl von den durch uns befragten Wissenschaftlern wie auch von Seiten der Politik als unproblematisch erlebt.

Das institutionelle Regelsystem ist hier relativ einfach und klar gehalten und strukturiert die Handlungsabläufe in hohem Maße: Es gibt vor allem im Rahmen der Ressortforschung eine klare, auch rechtlich sanktionierbare Handlungserwartung an die Wissenschaft, konkrete Fragen aus dem Ministerium durch eine Zusammenfassung des vorhandenen Systemwissen in festen Formaten zu beantworten. Die Wissenschaft gilt der Politik als Zitat: »Hilfstruppe« ihrer Entscheidungsfindung.

Diese klaren und stark institutionalisierten Interaktionsroutinen finden ihre Entsprechung in ebenfalls relativ stabilen Handlungsorientierungen: Die Wissenschaftler – interessanterweise auch eben nicht nur in der Ressort- sondern auch in der Universitätsforschung – verstehen sich hier als Dienstleister und Antwortgeber. Die damit verbundenen Zumutungen werden hingenommen und oft auf der Ebene der Identität mit einer gewissen Distanzierung des Wissenschaftlers von der Rolle und der damit verbundenen Vereinfachung wissenschaftlich generierter Komplexität beantwortet. Schließlich gehe es auch darum, den Politiker vor Grundsatzfragen zu schützen.

Folgensensibilität, Dialogorientierung und ein offensiver Umgang mit Nicht-Wissen haben hier so gut wie keinen Platz, im Gegenteil, die Nützlichkeit von Wissen hängt in diesen Interaktionen aus der Wahrnehmung der Akteure an der Eindeutigkeit, Unreflexivität und der »Nicht-Politisierung« von Wissen.

Diese Zurückhaltung, sich für reflexivere Formen zu öffnen, muss aber nicht (nur) als Lernresistenz gelesen werden, sondern hat auch mit der funktionalen Notwendigkeit von Institutionen zu tun, sich selbst treu zu bleiben.

Institutionen können ihre handlungskordinierende, normbildende und entscheidungsentlastende Fähigkeit nur dann entwickeln, wenn sie als kontinuierliche Regelsysteme auftreten, die nicht auf jeden, oft in den kurzen Zyklen der massenmedialen Aufmerksamkeit an sie herangetragenen Veränderungswunsch reagieren. Sie besitzen so etwas wie eine – fast schon im physikalischen Sinne – funktionale Trägheit, die ja gerade das Kennzeichen von Institutionen ist. Für sie wäre es im Gegenteil durchaus problematisch, auf kurzfristige und teilweise hektische Steuerungsversuche etwa von Seiten der Politik direkt einzugehen. Gleichzeitig würden sie ihre handlungsorientierende Kraft auch dann verlieren, wenn sie sich gar nicht auf die veränderten Anforderungen einstellen würden. Sie würden blasser und büßten ihre verbindlich standardisierende Kraft ein, bis sie schließlich zugunsten neuer Institutionen »austrocknen«, so Claus Offe (1998). Daher gibt es trotz einer funktionalen Trägheit von Institutionen zugleich gute Gründe (schwach) zu reagieren.



Zum Beispiel in Form der zweiten von uns beobachteten Reaktionsweise, die wir als *Symbolische Integration mit Selbstbindungseffekten* bezeichnen wollen. In diesem Reaktionsmuster werden eingespielte institutionelle Regelsysteme, die durch Krisen und Legitimationsverlust in Frage gestellt sind angepasst. Dies geschieht im Kern durch neue Grenzziehungen, ohne dass die Eindeutigkeit solcher, vor allem normativen Grenzziehungen generell in Frage gestellt wird. Fachausrichtungen und Institute werden neu benannt und geordnet, was von den beteiligten Wissenschaftlern hin und wieder mit einem Augenzwinkern als Taktik des »Re-Labeling« beschrieben wird. Der institutionelle Rahmen wird zunächst auf der organisatorischen und symbolischen Ebene verändert, die Handlungsorientierungen bleiben aber weitgehend unverändert.

Das lässt sich am Beispiel des Wissenschaftlichen Beirat des BMELV beschreiben: Hier hat die so genannte Agrarwende zum Rücktritt des bisherigen und zur Aufstellung eines neuen Beirates geführt, in dem personell weitere Beiräte aus anderen fachlichen Disziplinen hinzukamen.

Dabei wird der Beirat von allen Beteiligten als Hochburg wissenschaftlichen Wissens wahrgenommen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen. Hier sitzen nicht Berater, sondern Wissenschaftler zusammen, die auch nicht auf Tagespolitik reagieren, sondern diagnostische »Fernwegweiser« aufstellen wollen. Die Qualität des bereit gestellten Wissens misst sich gerade an seiner Wissenschaftlichkeit, die von Befragten auch scherzhaft schon mal in Kilo-Einheiten angegeben wird. Breite Gutachten, die die Komplexität nicht reduzieren, sondern in Form von scheinbar wertfreien »Wenn-dann«-Aussagen komplexe Probleme darstellen, auch auf die Gefahr hin, damit wenig politischen Einfluss zu entwickeln. Das ganze folgt einem eher reaktiven Selbstverständnis der Wissenschaftler, die wie es ein Mitglied ausdrückt, »da brav ihre dicken Gutachten schreiben«.

Die kognitiven Handlungsorientierungen scheinen sich durch die neuen organisatorischen Settings zunächst kaum verändert zu haben, sie bleiben auf disziplinär ausgerichtete Wissensbestände und auf dort geltende methodische Standards hin orientiert. So hat die höhere (symbolische) Inter- bzw. realistischer Multidisziplinarität des agrarpolitischen Beirates nach Einschätzung zentraler Mitglieder zunächst nicht zu einer höheren Integration der verschiedenen Sichtweisen geführt, sondern dazu, dass das Problem der Multiperspektivität als latenter Konflikt einfach in die Gremien hineinverlagert wurde.

Diese Multiperspektivität bleibt jedoch letztendlich nicht ohne Folgen für die normative Handlungsorientierung, eine Rückkoppelung, die wir als Selbstbindungseffekt bezeichnen wollen. Denn um dem der bisherigen Handlungsorientierung entliehenen Anspruch einer »einheitlichen« wissenschaftlichen Stimme möglichst gerecht zu werden, nehmen nach Auskunft einiger Befragter die Gutachten nun statt der angestrebten »Wenn-dann«-Struktur mehr die Logik eines »Sowohl-als-auch«

an. Aus der früheren Einstimmigkeit wird ein Konzert mit sichtbaren Ungewissheiten. Der Versuch, auf die gesellschaftliche Forderung nach Integration von mehr Gesichtspunkten mit neuen Grenzziehungen zu reagieren, lässt diese Grenzen plötzlich als verhandelbar erscheinen. Die höchst ambivalente Einschätzung der neuen Beiratsstrukturen durch die Akteure spricht dafür, dass sich eher versteckt ein Wandel als ungewollter Nebeneffekt des »Re-Labelings« vollzieht.

Es lässt sich noch eine dritte Reaktionsweise im Feld beobachten, die wir als *Suche nach neuen Ansätzen* bezeichnen wollen. Sie zielt nicht darauf ab, das alte institutionelle Regelsystem durch ein neues zu ersetzen, sondern im Gegenteil, den Grad an formeller Koordinierung zwischen Wissenschaft und Politik eher gering zu halten, gleichzeitig die Handlungsorientierungen stärker an individuellen statt institutionellen und organisatorischen Maßstäben auszurichten.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Vorlaufforschung, der nun sehr viel mehr Bedeutung zugesprochen wird: Vorlaufforschung will sich für die Fragen von Morgen sensibilisieren und Antworten vorbereiten, bevor diese Fragen bekannt sind. Sie bemüht sich damit um die Berücksichtigung von nicht-gewusstem Nicht-Wissen (Wehling 2004), also um die Erzeugung des von der Politik eingeforderten, entscheidungsrelevanten Zukunftswissens. Ziel ist es, folgensensible Themen auch abseits der politischen Agenda zu behandeln, noch bevor sie möglicherweise Relevanz entwickeln – im Idealfall dieser Relevanz zuvorzukommen. Diese Themen werden zwar grob mit dem Ministerium abgesprochen, jedoch entziehen sie sich dessen direktem Zugriff. Ein Ressortforscher spricht diesbezüglich von wissenschaftlichem Unternehmertum mit Risiken für den Wissenschaftler selbst (Irrelevanz) wie für die wissenschaftliche Politikberatung, da wechselseitige Erwartungen hier kaum stabilisiert werden können.

Auch in vielen weiteren Beispielen bemüht man sich um Beratungssituationen jenseits des Alltagsgeschäftes, um den persönlichen Austausch auf der Basis von Vertrauen, an dessen Ende kein verwertbares »Programm« steht, sondern mehr so etwas wie ein gemeinsam entwickeltes Verständnis von Zusammenhängen in unterschiedlichen Perspektiven. Die Entstehung des Bundesprogramms ökologischer Landbau hat nach Auskunft vieler Befragter solche Beratungs- und Diskussionsrunden ermöglicht. Auch hier wurden die gegenseitigen Erwartungen sehr viel situativer ausgelotet, spielen nicht-generalisierbare und normative Aspekte eine zentrale Rolle.

Im Kern geht es um interaktive Suchbewegungen an den Rändern der hinterfragten Regelsysteme. Es ist ein Schritt hin zu dem eingangs geschilderten sozial robusten Wissen, dass Nicht-Wissen, Bewertungsambivalenz und Prognoseunsicherheit nicht zu eliminieren versucht, sondern diese bewusst in Kauf nimmt, um flexible, folgensensible Erkenntnisse für mögliche Risiken und Probleme zu generieren.

## Fazit

Was bedeuten diese Reaktionsmuster nun für die eingangs formulierte Frage nach Art und Erfolg von an Nachhaltigkeit orientierten, wissenspolitischen Steuerungsimpulsen vor dem Hintergrund gegebener institutioneller und soziokultureller Gegebenheiten?

Obwohl der Wunsch nach einer prinzipiellen Neuausrichtung, vor allem nach der Berücksichtigung ökologischer, gesundheitlicher und sozialer Nebenfolgen im Agrarbereich lange Wurzeln hat, hat auch die propagierte »Agrarwende« mit ihrer Forderung nach transparenteren, folgensensibleren, reflexiveren oder eben an Nachhaltigkeit orientierten Formen der wissensbasierten Beratung sozusagen die Rechnung ohne die Institutionen und ihre ebenso tief verwurzelten Überzeugungen und Notwendigkeiten gemacht. Institutionen schöpfen ihre Kraft, das lehren Wissenssoziologie und Neo-Institutionalismus, aus den langsamen Prozessen der Habitualisierung und Mythenbildung, entwickeln eigene Identitäten, die nur um den Preis momentaner Desorientierung im Hauruckverfahren eingerissen oder umgepolt werden können. »Nachhaltige Transformation« erfordert demnach weniger die Verkündung einer »Wende« als inkrementelle Reaktionen eines sich eher langsam vollziehenden Wandels, wie die von uns beschriebenen. Sie scheinen teilweise im Zuge symbolischer und organisatorischer Umstellungen provoziert werden zu können, was wir hier als Selbstbindungseffekt beschrieben haben. Sie bilden sich aber wohl stärker dadurch, dass die etablierten Regelsysteme und normativen Orientierungen nicht länger orientierende Kraft für anstehende Handlungsprobleme entfalten können und somit Raum und Druck entsteht für die Habitualisierung neuer Handlungsorientierungen. Unsere Untersuchungen der Schnittstellenkommunikation von politisch-gesellschaftlicher Meinungsbildung und wissenschaftlicher Erkenntnis(produktion) geben aber Anlass zu der Vermutung, dass im Agrarbereich die alten Vorstellungen und Routinen noch relativ fest in den bestehenden Regelsystemen verankert sind und über weite Strecken – wenn auch manchmal mehr recht als schlecht – noch tragen. Deshalb erfolgt die Neuausrichtung an Nachhaltigkeit bisher vor allem in offenen Interaktionen mit schwachen Regelsystemen – jenseits der Routine. Eine Leistung, die nicht zu unterschätzen ist, die jedoch für die politische Entscheidungsfindung gerade aufgrund des fehlenden Regelsystems nicht besonders sichtbar ist. Erforderlich wäre wissenspolitisch die (weitere) Öffnung neuer Arenen, die – wie das Beispiel Vorlaufforschung zeigt – auch die Möglichkeit des Scheiterns oder der Irrelevanz in sich tragen, aufwändig sind und damit riskant. Dennoch besteht so die Möglichkeit, Alternativen zu schaffen, die im Falle eines Falles überkommene Routinen langsam ergänzen und langsam ersetzen können.

## Literatur

- Beck, U. (1986), *Risikogesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Brand, Karl-Werner (Hg.) (2002), *Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion*, Berlin.
- Gieryn, Thomas F. (1995), »Boundaries of science«, in: Jasanoff, Sheila u.a. (Hg.), *Handbook of Science and Technology Studies*, London, S. 393–443.
- Heinrichs, Harald (2002), *Politikberatung in der Wissensgesellschaft. Eine Analyse umweltpolitischer Beratungssysteme*, Wiesbaden.
- Initiativkreis Agrar- und Ernährungsforschung (Hg.) (2004), *Agrar- und Ernährungsforschung in Deutschland. Forschungs Kooperationen von Wirtschaft und Wissenschaft*, Vol. 1, Bergen/Dumme.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz (1995), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt a.M./New York.
- Nowotny, Helga (1999), »The Need for Socially Robust Knowledge«, *TA-Datenbank-Nachrichten*, Jg. 8, H. 3/4, S. 12–16.
- Offe, Claus (1989), »Bindung, Fessel, Bremse. Die Unübersichtlichkeit von Selbstbeschränkungsformeln«, in: Honneth, Axel (Hg.), *Zwischenbetrachtungen. Im Prozess der Aufklärung*, Frankfurt a.M., S. 739–774.
- RSU (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) (1985), *Umweltprobleme der Landwirtschaft*, Stuttgart.
- Stein, Nico (2003), *Wissenspolitik*, Frankfurt a.M.
- Wagner, Jost/Kropp, Cordula (2007), »Dimensionen einer dialogisch-reflexiven Wissenserzeugung und -kommunikation im Agrarbereich«, in: Kropp, Cordula/Schiller, Frank/Wagner, Jost (Hg.), *Neue Formen des Dialogs von Wissenschaft und Politik im Agrarbereich: auf dem Weg zu reflexiver und folgensensibler Schnittstellenkommunikation?* Berlin, im Erscheinen.
- Wehling, Peter (2006), *Im Schatten des Wissens? Perspektiven der Soziologie des Nichtwissens*, Konstanz
- Weinberg, Alvin (1972), »Science and Trans-Science«, *Minerva*, Jg. 10, H. 2, S. 209–222.